



die *Drei*

Zeitschrift für Anthroposophie in Wissenschaft, Kunst und sozialem Leben

Lieber Leser,

wir haben diesen Artikel für Sie kostenlos zum Download verfügbar gemacht. Das aber heißt nicht, dass er uns nichts gekostet hat. Die Kosten, die bei der Erstellung dieses Artikel anfallen, sind bereits bezahlt. Wir wissen aber noch nicht, wie wir in Zukunft diese Kosten bezahlen können. Wenn Sie häufiger bei uns zu Gast sind, wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Finanzierung unserer Arbeit mithelfen.

Dankbar sind wir für jede kleine Spende!

Die wichtigsten Unterstützer unsere Arbeit sind unsere Abonnenten. Haben Sie schon einmal darüber nachgedacht, uns durch Ihr Abonnement dauerhaft zu unterstützen? DIE DREI gibt es sowohl [digital](#) als auch in der [klassischen Druckversion](#) im Jahresabonnement. Wer noch nicht ganz sicher ist, kann auch zunächst unser günstiges [Einstiegsabonnement](#) wählen.

Durch Ihr Abonnement oder Ihre Spende tragen Sie dazu bei, dass Sie auch in Zukunft auf unserer Webseite nach interessanten Artikeln suchen können. Dafür möchten wir Ihnen danken!

Wir wünsche Ihnen beim Lesen viele wichtige Gedankenimpulse!

Die Redaktion

Zeitgeschehen

Christian von Arnim

Auf dem Weg in die Hölle

Eine Zwischenbilanz zum Brexit

In normalen Zeiten hätte Großbritannien nach den Ereignissen der letzten Wochen und Monate eine neue Regierung und die Premierministerin Theresa May wäre schon längst nicht mehr im Amt. Wie weit die üblichen Regeln der Politik in diesem Land nicht mehr greifen, oder anders ausgedrückt: Wie sehr seine politische Kultur verkommen ist, zeigt sich daran, dass May trotz einer verheerenden Niederlage im Parlament für ihren Brexit-Plan stur mit einer Politik fortfahren kann, die – wäre dieses Land eine Person – einem Akt der Selbstverletzung gleichkäme. Oder, wie es der EU-Ratspräsident Donald Tusk – offensichtlich am Ende seiner Geduld – Anfang Februar ausdrückte: »Ich habe mich gefragt, wie der besondere Platz in der Hölle für diejenigen aussieht, die den Brexit vorangetrieben haben, ohne auch nur einen Schimmer von einem Plan zu haben, ihn sicher durchzuführen.«¹ Der irische Premierminister Leo Varadkar drückte eine ähnliche Meinung aus – worauf mancher, nur halb im Scherz, meinte, dass wir Briten schon wissen, wie es in der Hölle aussieht, denn das ganze Land werde gerade dorthin geschleppt.²

Wie sind wir also dahin gekommen, dass es seit dem Brexit-Referendum am 23. Juni 2016 immer noch keinen realistischen, geschweige denn konkret durchführbaren Plan gibt, auf dessen Grundlage das Vereinigte Königreich nicht einfach in einem harten Brexit ohne Vereinbarung aus der EU hinausstürzt, nachdem

die Austrittsvereinbarung mit der EU von einer überwältigenden Mehrheit im britischen Parlament abgewiesen wurde? – Um das zu verstehen, muss man drei Sachen wissen:

- Erstens ging es beim Referendum nicht um die große Sache des demokratischen Prinzips, die dem damaligen Premierminister David Cameron den Anstoß gab, das Referendum durchzuführen. Vielmehr ging es darum, wie schon lange davor und noch immer, die verschiedenen Flügel der Konservativen Partei zusammenzuhalten. Insbesondere galt es, eine Abspaltung des euroskeptischen Flügels zu vermeiden und diesen endlich zum Schweigen zu bringen.
- Zweitens beruhte die Vorstellung der führenden Brexit-Befürworter über die Stärke der britischen Position – sowohl in den Verhandlungen mit Brüssel, als auch im Hinblick auf künftige Handelsabkommen mit anderen Partnern – auf einem Phantasiegebilde ohnegleichen. Ob sie ihren eigenen Behauptungen wirklich glaubten oder die Tatsachen, milde gesagt, beschönigten, um ihr Ziel zu erreichen, sei dahingestellt.
- Drittens darf man die Inkompetenz der Regierenden in London nicht unterschätzen.

Man kann das Dilemma von Theresa May und ihr Unvermögen, eine tragfähige Vereinbarung mit der EU zu erreichen, nur verstehen, wenn man bedenkt, dass sie als Anführerin einer Minderheitsregierung in ihrem Handeln sowohl

von dem radikal euroskeptischen Flügel ihrer Partei, der sich besonders, aber nicht nur, in der ›European Research Group‹ (ERG) einiger Abgeordneter manifestiert, als auch von der streng protestantischen und unionistischen ›Democratic Unionist Party‹ (DUP) aus Nordirland abhängig ist. Die Mitglieder der ERG und ähnlich Denkende sähen grundsätzlich kein Problem darin, wenn Großbritannien ohne eine Vereinbarung, rein auf Basis der WTO-Regeln, die EU verlassen würde.³ Auf der anderen Seite stehen jene konservativen Abgeordneten, die lieber in der EU bleiben würden und deshalb den weichstmöglichen Brexit anstreben. Die oppositionelle Labour Partei wiederum verlangt halbherzig – weil auch Parteichef Jeremy Corbyn eigentlich lieber austreten würde – dass Großbritannien in der Zollunion und in enger Abstimmung mit dem EU-Binnenmarkt bleibt. Viele in seinem Schattenkabinett würden aber lieber ganz in der EU bleiben. Hätte die Labour-Partei in letzter Zeit entschiedener gehandelt, dann hätte einiges vermieden werden können.

Fehlkalkulationen und Kehrtwenden

Die Flügelkämpfe in der Konservativen Partei um Europa gehen schon auf die Zeiten der früheren Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990) zurück. Sie selbst war Euroskeptikerin und kämpfte unerbittlich gegen engere Integration in der EU und für Sonderregelungen wie den sogenannten »Brittenrabatt«. Thatcher war jedoch Realistin genug, um die EU nicht verlassen zu wollen. Auch ihr Nachfolger, der einen so milden Eindruck machende John Major, schaffte es nicht, Frieden in der Partei herzustellen. Offensichtlich verärgerten ihn die dauernden Attacken der Euroskeptiker von den Seitenlinien derart, dass er einmal nach einem Fernsehinterview, als er meinte, das Mikrofon sei schon abgeschaltet, bemerkte, er würde gern die »Scheißkerle kreuzigen«⁴. Als dann nach den Labour-Jahren von Tony Blair und Gordon Brown die Konservativen mit David Cameron 2010 wieder an die Macht kamen, allerdings in einer Koalition mit den Liberal-Demokraten, weil sie keine absolute

Mehrheit gewinnen konnten, hatte sich die Lage in der Partei kaum geändert. Die äußeren Umstände waren aber ganz andere. Die rechts-populistische ›UK Independence Party‹ (UKIP), mit ihrer Agitation gegen Einwanderung und die Londoner liberalen Eliten sowie mit der Forderung nach einem Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der EU, hatte immer mehr an Zugkraft gewonnen. Das Thema eines Referendums stand zunehmend auf der Tagesordnung, und die Konservativen verloren immer mehr Wähler an die UKIP. (Labour übrigens auch.) Das stärkte den euroskeptischen Flügel in der Konservativen Partei.

Obwohl Cameron zuvor noch gegen ein Referendum gewesen war, kalkulierte er jetzt, dass er mit einem solchen Schachzug das Thema endlich erledigen könne. Also wurde das Versprechen eines Referendums in das Parteiprogramm für die Wahlen im Jahr 2015 aufgenommen. Das war eine Fehlkalkulation, wie sich herausstellte, denn – wenn man EU-Ratspräsident Donald Tusk⁵ und anderen Quellen glauben darf – Cameron erwartete, auch in dieses Mal keine absolute Mehrheit zu erhalten und wiederum eine Koalition mit den Liberal-Demokraten eingehen zu müssen, die dann das Referendum verhindert hätten. Die Konservativen gewannen jedoch die Wahl, und nun musste das Versprechen eingelöst werden. Das Referendum wurde am 23. Juni 2016 abgehalten und das Ergebnis ist bekannt: Mit einer knappen Mehrheit von 52 % zu 48 % entschlossen sich die Briten, die EU zu verlassen – bzw. die Engländer und Waliser beschlossen dies. Schottland und Nordirland stimmten jeweils mit 62 % zu 38 % und 56 % zu 44 % für die EU. Auch die Weltstadt London erklärte mit 60 % zu 40 % in der EU bleiben zu wollen.

Als Cameron nach diesem Ergebnis zurücktrat, wurde Theresa May im Juli 2016 seine Nachfolgerin. Obwohl sie lange versichert hatte, keine Neuwahlen zu wollen, setzte sie in einer Kehrtwende dann doch im April 2017 Neuwahlen für den 8. Juni an. Da die Meinungsumfragen ihr einen großen Vorsprung vor der Labour-Partei vorhersagten, erhoffte sie sich eine Stärkung ihrer Position auch innerhalb der eigenen Par-

tei für die kommenden Verhandlungen mit der EU. Und bei Attacken von rechts hätte sie sich auf ihr vom Volk verliehenes Mandat berufen können. Auch dies entpuppte sich als Fehlkalkulation, denn durch ein überraschendes Wahlergebnis blieben die Konservativen zwar die größte Partei, verloren aber ihre absolute Mehrheit, sodass May nicht gestärkt, sondern geschwächt aus der Wahl hervorging.

Die einzige Partei die bereit war, May zu stützen, wenn auch nicht in einer formellen Koalition, sondern mit einer sogenannten »confidence and supply«-Vereinbarung, war die DUP mit ihren zehn Abgeordneten. Dass der DUP dafür eine Extramilliarde Pfund für Nordirland versprochen wurde, hat wohl geholfen, die Abmachung zu versüßen. »Confidence and supply« heißt, dass die DUP sich verpflichtet, die Regierung May in Vertrauens- und Haushaltsfragen zu unterstützen, aber sonst nicht weiter gebunden ist. Deshalb konnte sie auch guten Gewissens gegen Mays EU-Austrittsvereinbarung stimmen – jene Abstimmung die sie mit so großer Mehrheit im Parlament verlor.

Harte Grenzen und sonnenbeschienene Wiesen

Mehr denn je ist May seither den harten Euroskeptikern in ihrer eigenen Partei ausgeliefert. Besonders in der Frage des sogenannten »Backstop« in dem mit Brüssel ausgehandelten Austrittsabkommen – jene Notfallregelung, die vermeiden soll, dass es zwischen Irland und Nordirland wieder eine harte Grenze gibt – ist kein Ausweg zu erkennen. Diese Regelung soll wirksam werden, wenn sich beide Seiten bei den Gesprächen über die künftigen Handelsbeziehungen nicht einig werden. Für diesen Fall beharrt die EU darauf, dass Nordirland im Binnenmarkt verbleibt. Auch Großbritannien insgesamt bliebe dann Teil eines einheitlichen Zollgebiets. Die EU und insbesondere Irland sehen den Backstop als unentbehrlich an, damit gewährleistet wird, dass die Grenze offen und auf diese Weise der 1998 im sogenannten Karfreitagsabkommen ausgehandelte Frieden erhalten bleibt, und kein neuer Konflikt auf der Insel entbrennt. Die Euroskeptiker sehen aber

einerseits im Backstop die Gefahr, dass Großbritannien sich auf unbegrenzte Zeit nicht von der EU lösen kann, und die DUP andererseits, dass Nordirlands Verbleib im Binnenmarkt die Grenze mit dem restlichen Großbritannien von der Insel in die Irische See verschiebt. Als streng unionistische Partei kann sie eine derartige »Abspaltung« Nordirlands vom restlichen Großbritannien nicht tolerieren.

Theresa May reist nun also immer wieder in scheinbar hoffnungsloser Sache nach Brüssel, um ihre EU-Gesprächspartner zu überzeugen, die Austrittsvereinbarung wieder aufzuschnüren und den Backstop mindestens zeitlich zu begrenzen, wenn nicht ganz außer Kraft zu setzen. Wieder einmal geht es dabei nicht um das Wohl des Landes, sondern darum, die Euroskeptiker in ihrer eigenen Partei und die DUP zu beschwichtigen. May will eine Spaltung ihrer Partei vermeiden, indem sie eine Lösung findet, der selbst die härtesten Euroskeptiker zustimmen können. Nur gibt es eine solche Lösung nicht, der auch die anderen konservativen Abgeordneten, geschweige denn die der oppositionellen Parteien, zustimmen könnten. Natürlich sind noch andere Faktoren im Spiel. Die Haltung, zu der sich die Labour-Partei und Jeremy Corbyn am Ende durchringen werden, spielt auch eine wesentliche und entscheidende Rolle. Mays Albtraum jedoch ist, als jene Parteichefin in die Geschichte einzugehen, welche die Konservative Partei gespalten hat – und das zu vermeiden bestimmt ihr Handeln.

Damit sind wir bei den bereits erwähnten Illusionen und Halbwahrheiten angelangt, die in der Kampagne für den Brexit lanciert wurden. Solches Wunschdenken prägte auch das Handeln der mit der Vorbereitung des Brexit beauftragten Minister und führte zu den unrealistischen Erwartungen und der Rosinenpickerei, die am Anfang der Verhandlungen mit der EU standen. Das könnte jedenfalls erklären, warum sich offenbar niemand ernsthaft auf diese Verhandlungen vorbereitet hatte. Die Haltung der Regierung war: Wir behalten selbstverständlich alle Vorteile des Binnenmarkts und der Zollunion, müssen uns aber nicht mehr an die Regeln halten. – Was könnte einfacher sein?

Da gab es z.B. die Behauptung von den 350 Millionen Pfund, die Großbritannien jede Woche an die EU schicke, wie auf dem berühmten Bus von Boris Johnson – führender Brexit-Befürworter und zeitweiliger Außenminister – zu lesen stand, mit dem er während der Kampagne durch das Land kreuzte. Dieses Geld könne man stattdessen für das staatliche Gesundheitssystem, den ›National Health Service‹ (NHS) ausgeben. Leider stimmte das nicht ganz. Laut dem ›Office for National Statistics‹ (ONS) beliefen sich die wahren Nettozahlungen 2016 auf wöchentlich 181 Millionen Pfund. Wenn man die Zahlen der EU-Kommission nimmt, wird es sogar noch weniger: 156 Millionen Pfund.⁷ Und der NHS würde wahrscheinlich doch nur einen Teil davon bekommen.

Johnson war es auch, der auf die »sonnenbeschienenen Wiesen« jenseits des Brexit hinwies.⁸ Das sind wohl die gleichen Wiesen, auf denen die Regierung für den Fall eines harten Brexit jetzt schon Lebensmittel und Medikamente stapelt, um Engpässen vorzubeugen, die entstehen könnten, wenn Lastwagen in Dover und Calais wegen neuer Zölle und den daraus entstehenden Formalitäten endlos Schlange stehen müssten. Auch der NHS legt bereits Vorräte lebenswichtiger Medikamente für einen solchen Fall an. Für Unruhen im Fall eines harten Brexit plant die Regierung ebenfalls. – Und dann ist noch der vielleicht etwas deplizierte Optimismus des Außenhandelsministers Liam Fox zu erwähnen, der meinte, dass das Freihandelsabkommen mit der EU das »leichteste in der Menschengeschichte« sein würde.⁸

Magisches Denken ...

In diesem Zusammenhang wurde auch in fast jeder Diskussionsrunde die deutsche Autoindustrie beschworen. Nichts sei wichtiger für die deutschen Autobosse, als ihre Produkte nach Großbritannien zu verkaufen und den Zugang zu diesem Markt offenzuhalten – sonst gingen eine Million Jobs verloren. Also würden sie Bundeskanzlerin Angela Merkel die Tür einrennen, um Druck auszuüben, dass man den Briten alles gebe, was sie wollen. Der ehemalige Brexit-

Minister David Davis sagte wörtlich: »Wir sind ein zu wertvoller Markt, als dass Europa ihn abschalten könnte. Innerhalb weniger Minuten nach einer Entscheidung für Brexit werden die Vorstandsvorsitzenden von Mercedes, BMW, VW und Audi die Tür von Bundeskanzlerin Merkel einrennen und fordern, dass es keine Hindernisse für den deutschen Zugang zum britischen Markt gibt.«⁹

Und nicht nur die deutsche Autoindustrie: Das Gleiche treffe auf Unternehmen in allen Branchen überall in der EU zu, so z.B. den Airbus-Hersteller EADS in Frankreich. Denn Airbus baut die Flügel für seine Flugzeuge in Großbritannien. »Der Zugang zu unserem Markt ist für Europa wichtiger als unser Zugang zu ihrem Markt«, so das Fazit von Davis. Der Chef von Airbus Tom Enders muss sich also versprochen haben, als er jüngst mit sehr deutlichen Worten klar machte, dass im Falle einer fehlenden Vereinbarung Airbus für Großbritannien »sehr schädliche« Entscheidungen werde treffen müssen: »Bitte hören Sie nicht auf den Wahnsinn der Brexit-Befürworter, der behauptet, dass wir, weil wir hier riesige Werke betreiben, sie nicht woandershin verlegen würden und immer hier sein werden. Das stimmt nicht.«¹⁰

Solch ein magisches Denken hat den gesamten Brexit-Vorgang geprägt. Die deutsche Autoindustrie hat genauso wenig die Tür von Angela Merkel eingerannt, wie die außereuropäischen Länder jetzt Schlange stehen, um mit Großbritannien einmalig vorteilhafte Handelsabkommen abzuschließen. Im Gegenteil: Solche Handelsabkommen haben sich als ein schwieriger und langwieriger Prozess entpuppt.

Die Wahrheit ist, dass der Sieg im Referendum auch für die Brexit-Befürworter völlig unerwartet kam. Keiner von ihnen hatte sich die Mühe gemacht, im Voraus genauer darüber nachzudenken und zu planen, was für eine Art Brexit Großbritannien eigentlich anstreben solle. Das kam in vielen Fernsehinterviews am Morgen nach dem Referendum ganz deutlich darin zum Vorschein, dass führende Befürworter keine Antwort auf die Frage hatten, wie es jetzt weitergehen solle. Theresa Mays nichtssagendes Diktum: »Brexit heißt Brexit« half wenig, die

Sache zu klären. Auch deshalb hat es so lange gedauert, bis ihre Regierung ein Konzept für die Verhandlungen mit der EU vorbereitet hatte – von den bereits beschriebenen, unvereinbaren Gegensätzen innerhalb ihrer Partei und ihres Kabinetts einmal ganz abgesehen.

... und erstaunliche Inkompetenz

Hinzu kommt die schiere Unfähigkeit vieler führender Brexit-Befürworter. Um noch einmal David Davis zu zitieren: »Was ist die Anforderung meines Jobs? Ich muss nicht sehr klug sein, ich muss nicht so sehr viel wissen, ich muss nur gelassen sein.«¹¹ Und Davis war nicht der einzige, der eine Spur zu gelassen war und seine Aufgaben nicht im Griff hatte. Dominic Raab etwa, auch eine Zeitlang Brexit-Minister, gab zum allgemeinen Erstaunen zu, er habe nicht ganz begriffen, wie wichtig die Überfahrt zwischen Dover und Calais für den Handel Großbritanniens sei.¹² Das mag zunächst lustig erscheinen – hatte Raab etwa vergessen, dass Großbritannien eine Insel ist und die kürzeste Überfahrt zum europäischen Festland zwischen Dover und Calais liegt? Aber wenn solches Unwissen die Politik bestimmt, dann sind die Konsequenzen eben doch nicht so lustig.

Ähnlich zeigte sich Karen Bradley, die Ministerin für Nordirland, in einem Interview überrascht, dass bei Wahlen in Nordirland allgemein die Unionisten nicht für Nationalisten und die Nationalisten nicht für Unionisten stimmen. Sie habe die tiefwurzelnden Probleme in Nordirland nicht richtig verstanden.¹³ Kann eine Ministerin, die bei ihrem Amtsantritt etwas so Elementares nicht wusste, auch die Bedeutung des Karfreitagsabkommens richtig einschätzen? Und ihren Kolleginnen und Kollegen in der Regierung verdeutlichen, wie wichtig eine offene Grenze auf der Irischen Insel praktisch und symbolisch für den Friedensprozess ist?

Als letztes Beispiel sei noch Transportminister Chris Grayling genannt, der dem angeblichen Schifffahrtsunternehmen »Seaborne Freight« 13,8 Million Pfund zusagte, damit es eine neue Fährverbindung zwischen Ramsgate und Ostende einrichtet, um im Fall eines harten Brexit

den Druck auf Dover zu vermindern. Dumm nur, dass das Unternehmen keine Fähren und auch keine Erfahrung in diesem Bereich besaß. Ebenso war es zweifelhaft, ob die beiden Häfen bis zum 29. März, dem Brexit-Stichtag, den Betrieb hätten aufnehmen können. Kurioserweise standen zunächst allgemeine Geschäftsbedingungen auf der Website des Unternehmens, die von einem Pizza-Lieferservice übernommen zu sein schienen.¹⁴ Schließlich wurde der Vertrag vom Transportministerium wieder gekündigt, als sich der irische Sponsor von »Seaborne Freight« aus dem Geschäft zurückzog.

Die u.a. von David Davis artikulierte Haltung, dass Großbritannien bei den Brexit-Verhandlungen der EU gegenüber alle Karten in der Hand halte, prägte sowohl die Haltung der Brexit-Befürworter im Referendum als auch anschließend den gesamten Ansatz der Regierung in den Verhandlungen mit Brüssel: Großbritannien brauche nur zu sagen, was es wolle, und bekomme alles, was es verlange; es könne alle Vorteile des Binnenmarkts und der Zollunion genießen, ohne sich an die lästigen, damit einhergehenden Pflichten halten zu müssen; nichts würde sich ändern, aber das Vereinigte Königreich werde wieder Herr über seine Grenzen, sein Geld und seine Gesetzgebung. Nur geht das halt nicht. Wer im Binnenmarkt sein will, muss auch die allgemeine Freizügigkeit zulassen, sich an gemeinsame Standards und die damit einhergehenden Gesetze halten. So ist es kaum erstaunlich, dass Angela Merkel in ihrer offiziellen Erklärung zum Brexit-Referendum warnte, dass Großbritannien bei den Verhandlungen über den EU-Austritt keine Sonderbehandlung erwarten könne. Auch der Ansicht Boris Johnsons, dass Großbritannien weiterhin vollen Zugang zum EU-Binnenmarkt haben werde, erteilte sie eine Absage.¹⁵

Soziale Spaltungen

Das Brexit-Referendum hat eine tiefe Wunde geschlagen und ein geteiltes Land hinterlassen. Die knappe Mehrheit bedeutet, dass den 17 Millionen Bürgern, die dafür waren, 16 Millionen gegenüberstehen, die den Brexit *nicht* wol-

len. Und wenn man vom »Willen des Volkes« spricht, auf den sich May dauernd beruft, um jegliche Opposition mundtot zu machen, dann ist es bedenkenswert, dass nur 37% aller Wahlberechtigten dafür gestimmt haben.

Auch der politische Diskurs ist seit dem Referendum verroht. Vielleicht wegen der knappen Mehrheit und der Gefahr, dass die Briten ihre Meinung ändern könnte, insbesondere dann, wenn sie die Konsequenzen besser verstehen, wird jedes Infragestellen des Brexit von den Befürwortern als Verrat am Volk dargestellt. Als das oberste Gericht in Großbritannien nach dem Referendum entschied, dass der Brexit nicht ohne die Zustimmung des Parlaments ausgelöst werden könne, wurden die Richter als »Volksfeinde« bezeichnet.¹⁶ Das war eine besondere Ironie, da eines der Argumente für den Brexit gewesen war, dem Parlament seine volle Entscheidungsfreiheit wiederzugeben, die es angeblich an die EU verloren hatte. Nun sollte aber plötzlich die Regierung ohne Mitwirkung des Parlaments alles entscheiden können.

»Brexit heißt Brexit« – aber das Volk, bzw. 52% derjenigen, die wählten, und davon eine Mehrheit nur in England und Wales und eine Minderheit in Schottland und Nordirland, hatte sich aus ganz unterschiedlichen Gründen dafür entschieden. »Brexit« kann ja vieles heißen: von einer engen Anpassung an die EU bis zum Austritt ohne Vereinbarung. Das Scheitern eines nationalen Diskurses darüber, was mit »Brexit« eigentlich gemeint ist, hat viel dazu beigetragen, dass es weder im Parlament noch im Land einen Konsens darüber gibt, was genau damit erreicht werden soll. Viele der Gründe, warum für den Brexit gestimmt wurde, hatten auch nichts mit der EU zu tun, sondern mit innenpolitischen Problemen. In den nach acht Jahren Sparpolitik wirtschaftlich hart getroffenen Gebieten erhoben viele Menschen damit ihre Stimme gegen die negativen Folgen der Globalisierung und die davon profitierenden reichen Eliten in London. Den Regierenden sollte eine Botschaft geschickt werden, und das Referendum schien eine günstige Gelegenheit dafür zu sein – auch wenn viele EU-Gelder gerade in solche benachteiligten Gebiete flossen.

Rechtspopulistische Parteien wie die UKIP, aber auch konservative Politiker wie Boris Johnson, nutzten die Enttäuschung der Bevölkerung für ihre eigenen Ziele. Sie passte in die Narrative der Rechtspopulisten, dass der Brexit der einzige Weg sei, um Großbritannien »wieder groß zu machen«. Das mythische Ziel war die Rückkehr zu einem heilen Großbritannien, das sich von niemandem herumkommandieren lässt – was es allerdings so nie gegeben hat. Ein Nationalismus im allerschlimmsten Sinn des Wortes breitet seither seine Fangarme aus, insbesondere in England. Unter dem Deckmantel einer Debatte über die Einwanderung hat die Fremdenfeindlichkeit spürbar zugenommen. Nachdem ausländerfeindliche Vorurteile wieder salonfähig geworden sind, sehen wir die Konsequenzen: eine gesplante Gesellschaft, in der Einwanderer eine bequeme Entschuldigung für alles sind, was falsch läuft. Und wegen der Sparpolitik seit der Finanzkrise in den Jahren 2007/08 ist vieles falsch gelaufen – auf Kosten der Ärmsten in der Gesellschaft.

Kleinbritannien am Horizont

Hier muss zwischen den verschiedenen Bestandteilen Großbritanniens noch einmal differenziert werden. Wie das Referendum zeigte, erkennt Schottland die Vorteile der EU-Mitgliedschaft und will bleiben, obwohl es viel gibt, was reformbedürftig ist. Zudem braucht Schottland Einwanderer, was auch allgemein anerkannt wird. Deshalb versucht die schottische Regierung, die Immigration zu fördern. »Wir erwarten in Schottland, dass unser Bevölkerungswachstum in den nächsten 10 Jahren vollständig auf die Migration angewiesen ist«, schrieb die Regierungschefin Nicola Sturgeon vor etwa einem Jahr in einem Zeitungsartikel. Es werde prognostiziert, dass jedes Jahr die Zahl der Todesfälle die der Geburten übersteigt, sodass es kein natürliches Bevölkerungswachstum geben könne. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter werde in den nächsten 25 Jahren nur um 1% zunehmen, die Bevölkerung der über 75-Jährigen jedoch um 80%. Schottland brauche also mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter.

higen Alter, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, Steuereinnahmen aufrechtzuerhalten und die öffentlichen Dienstleistungen zu unterstützen.¹⁷ Einwanderung ist aber immer noch eine Kompetenz der Zentralregierung in London und nicht eine der nach Edinburgh übertragenen Zuständigkeiten. So ist der Handlungsspielraum der schottischen Regierung begrenzt. Und in England herrscht jene Politik der »feindlichen Umgebung« für illegale Einwanderung, die Theresa May in die Wege leitete, als sie noch Innenministerin war. Das Ergebnis ist ein Umfeld, in dem *alle* Einwanderer zunächst feindselig betrachtet werden.

Auch hat Schottland unter Sturgeon mit der »Scottish National Party« (SNP) in einer informellen Koalition mit der Grünen Partei schon lange eine eher sozialdemokratisch orientierte Regierung, was sich auch im Gegensatz zur neoliberalen Ausrichtung der konservativen Regierung in London auf die Politik auswirkt.

Davor war Schottland lange eine Labour-Hochburg. Die Konservativen in Schottland hatten zuletzt eine Mehrheit der Mandate in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts.

Schottland will also in der EU bleiben und Nordirland auch. Wenn Großbritannien in einem chaotischen Prozess die EU verlässt – was noch nicht ganz sicher ist, denn es gibt eine geringe Chance, dass durch ein zweites Referendum die Entscheidung wieder rückgängig gemacht wird, denn die Brexit-Gegner in der Bevölkerung nehmen zu – hat das längerfristig auch Konsequenzen für den Zusammenhalt Großbritanniens. Als Schottland 2014 sein Referendum über die Unabhängigkeit durchführte, stimmten die Schotten mit 55 % zu 45 % dafür, im Vereinigten Königreich zu bleiben. Eine Rolle spielte dabei auch das Argument, dass Schottland ein Teil des Vereinigten Königreichs bleiben müsse, um sicher ein Teil der EU zu bleiben. Das Gegenteil ist nun eingetreten. Wenn der Brexit stattfindet



Foto: James Prid

Banksy zugeschriebenes Graffiti in London mit Theresa May (links) und David Cameron (rechts)

– und besonders, wenn er hart ausfällt – wird es in absehbarer Zeit ein zweites Referendum über die Unabhängigkeit geben, das dann eine gute Erfolgchance haben wird.

Auch in Nordirland gerät die Lage durch den Brexit immer mehr in Fluss. Das Karfreitagsabkommen sieht unter bestimmten Umständen vor, dass es ein Referendum darüber geben kann, ob Nordirland das Vereinigte Königreich verlässt und der Republik Irland beitrifft. Solch ein Referendum wird jetzt schon von einigen auf der republikanischen Seite in Nordirland gefordert, selbst in Regierungskreisen in London ist es ein Thema¹⁸ – auch wenn es dort entschieden abgelehnt wird und im Augenblick kaum realistisch ist. Sollte aber wieder eine harte Grenze entstehen oder der Brexit sich auch sonst negativ auf Nordirland auswirken, dann wird der Druck in Richtung eines Referendums wachsen, und die demografische Entwicklung lässt nicht ausschließen, dass Nordirland sich entscheiden könnte, gemeinsame Sache mit der Republik zu machen.

Aber in dieser außergewöhnlichen Zeit ist auch nicht auszuschließen, dass Theresa May im letzten Augenblick doch noch ihre Austrittsvereinbarung irgendwie durch das Parlament schmuggelt, ob mit oder ohne Backstop. Dem

Land ist jetzt schon großer Schaden zugefügt worden. 4,2 Milliarden Pfund hat die Regierung für die Notfallplanung für einen harten Brexit bereitgestellt. Kommunen müssen zusätzliche Kosten tragen, so z.B. Ramsgate, um den gegenwärtig stillliegenden Hafen offen zu halten, oder Portsmouth, um Land zu kaufen, das als LKW-Parkplatz dienen soll, um nach dem Brexit Warteschlangen auf den Straßen zum Hafen zu vermeiden. Die versprochene Brexit-Dividende schrumpft von Tag zu Tag. Dieses Geld steht nun nicht mehr für Schulen, das Gesundheitssystem, den sozialen Wohnungsbau und die Sozialhilfe zur Verfügung.

Theresa May hat bisher die Spaltung der gegensätzlichen Kräfte in der Konservativen Partei vermeiden und sich die Unterstützung der DUP sichern können, indem sie eine undurchführbare, weil in sich widersprüchliche Brexit-Politik verfolgt hat, die wenig Chance auf Erfolg verspricht. Dafür hat sie langfristig das Fortbestehen des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in seiner gegenwärtigen Form aufs Spiel gesetzt. Es ist nicht auszuschließen, dass sich als Ergebnis des Brexit Großbritannien in den kommenden Jahren oder Jahrzehnten in ein aus England und Wales bestehendes Kleinbritannien verwandelt.

1 www.bbc.co.uk/news/uk-politics-47143135

2 www.theguardian.com/politics/2019/feb/06/donald-tusks-special-place-in-hell-looks-like-where-we-are-right-now

3 Vgl. www.economistsforfreetrade.com/News/rees-mogg-joins-forces-with-top-economists-to-back-world-trade-deal/

4 http://news.bbc.co.uk/1/hi/uk_politics/election_2010/8649262.stm

5 https://twitter.com/BBCPolitics/status/1087663286051577857?ref_src=twsrc%5Etfw

6 www.ons.gov.uk/economy/governmentpublic-sectorandtaxes/publicsectorfinance/articles/theuk-contributiontothebudget/2017-10-31

7 www.conservativehome.com/parliament/2016/05/boris-johnsons-speech-on-the-eu-referendum-full-text.html

8 <https://www.theguardian.com/politics/2017/jul/20/liam-fox-uk-eu-trade-deal-after-brexiteasiest-human-history>

9 www.conservativehome.com/platform/2016/02/

[david-davis-britain-would-be-better-off-out-of-the-eu-and-heres-why.html](http://www.bbc.co.uk/news/business-46984229)

10 www.bbc.co.uk/news/business-46984229

11 www.independent.co.uk/news/uk/politics/david-davis-brexite-secretary-dont-have-to-be-clever-ireland-a8103151.html

12 www.theguardian.com/politics/2018/nov/08/dominic-raab-dover-calais-brexite-uk-france

13 www.theguardian.com/politics/2018/sep/07/karen-bradley-admits-not-understanding-northern-irish-politics

14 www.bbc.co.uk/news/business-46748193

15 www.dw.com/de/merkel-nach-brexite-keine-rosenpickerei-f%C3%BCr-london/a-19361462

16 www.dailymail.co.uk/news/article-3903436/Enemies-people-Fury-touch-judges-defied-17-4m-Brexite-voters-trigger-constitutional-crisis.html

17 www.eveningtimes.co.uk/opinion/16034177.Nicola-Sturgeon_Scotland_needs_more_working-age_people_to_help_our_economic_growth/

18 www.bbc.co.uk/programmes/m0002cms